

schlossene Kursschwenkung indirekt bestätigt. In einem Kommuniké gestand die Parteiführung offen ein, „daß seitens der SED und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen wurden . . . Eine Folge war, daß zahlreiche Personen die Republik verlassen haben . . . Aus diesen Gründen hält das Politbüro des ZK der SED für nötig, daß in nächster Zeit im Zusammenhang mit Korrekturen des Planes der Schwerindustrie eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt werden, die die begangenen Fehler korrigieren und die Lebenshaltung der Arbeiter, Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und der übrigen Schichten des Mittelstandes verbessern¹⁷⁷.“ Im einzelnen sicherte das Politbüro neben der Besserung der Lebenshaltung Steuererleichterungen für Bauern und den gewerblichen Mittelstand zu, Erleichterungen im innerdeutschen Reiseverkehr, Lockerungen im Zulassungsverfahren zum Besuch von Oberschulen und Universitäten für junge Menschen „nichtproletarischer Herkunft“, die Rückgabe beschlagnahmten Eigentums an heimkehrende Flüchtlinge, eine Teilamnestie — alles in allem also eine „Entschärfung des Klassenkampfes“!

Das Sensationelle dieser Kursschwenkung war nicht zu übersehen, ebenso wenig aber, daß sie offensichtlich überstürzt zustande gekommen war, denn anderenfalls wäre darüber nicht lediglich im Politbüro, sondern zumindest im Zentralkomitee beschlossen worden, wenn sich nicht sogar eine Parteikonferenz damit hätte befassen müssen. Für diese Überlegung spricht, daß der Parteiapparat der SED auf diesen Beschluß in keiner Weise vorbereitet wurde, obwohl er in diametralem Gegensatz zur Politik der Partei während des letzten Jahres stand. Als der „neue Kurs“ am 11. Juni von den Zeitungen der SED verkündet wurde, hielten ihn bezeichnenderweise viele Funktionäre für „Agentenwerk“ und wiesen ihn ungläubig zurück. Es spricht manches dafür, daß der Beschluß auf einer Intervention aus Moskau beruhte. Darauf deutet auch sein zeitliches Zusammentreffen mit der am 5. Juni gemeldeten Rückkehr des kurz zuvor neu ernannten Hohen Kommissars der UdSSR in der „DDR“, *Wladimir S. Semjonow*¹⁷⁹. Sehr wahrscheinlich hat er der Führung der SED aus Moskau die Weisungen für den „neuen Kurs“ überbracht, um einer weiteren Zuspitzung der Krise vorzubeugen.^{177 178}

177 „Kommuniké des Politbüros vom 9. Juni 1953“, in „Dokumente der SED“, Bd. IV, S. 428.

178 Zu dem gleichen Schluß gelangen auch *Arnulf Baring* „Der 17. Juni 1953“, vierte, durchgesehene Auflage, Bonn/Berlin 1959, S. 23 f., und *Horst Duhnke* „Stalinismus in Deutschland“, Köln 1955, S. 219.